

Michael Zander

»Kritische Psychologie und Emanzipation«

Zur Kritik an den Auffassungen von Denis Neumüller, Flavio Stein,
Stefan Meretz und Ranjana Kochanek

»Zum ›Schutz‹ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.«

Karl Marx, 1867, Das Kapital, Bd. I
(zur gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstags)

Einleitung

Denis Neumüller, Flavio Stein, Stefan Meretz und Ranjana Shirin Kochanek haben in ihrem Aufsatz (in diesem Heft) ihre gemeinsamen Ansichten dargelegt und repräsentieren damit einen Diskussionszusammenhang, der durch verschiedene organisatorische Strukturen miteinander verbunden ist, durch das Seminarhaus in Hiddinghausen, das Netzwerk Kollektive Selbstverständigung und das Commons-Institut. Es ist nicht verwunderlich, dass das Verhältnis dieses Diskussionszusammenhangs zur Kritischen Psychologie Fragen aufwirft. Einerseits beanspruchen Denis Neumüller et al., über »Kritische Psychologie und Emanzipation« zu schreiben, andererseits vertreten sie unter diesem ebenso allgemeinen wie ambitionierten Titel sehr spezifische Auffassungen, mit denen sie sich gegenüber dem von Klaus Holzkamp und anderen entwickelten Ansatz abgrenzen. Man gewinnt sogar den Eindruck, dass Kritische Psychologie für sie lediglich Teil einer wesentlich umfassenderen Theorie der »Commons« bzw. des »Commonismus« sei (s.u.). Stefan Meretz ist der prominenteste Vertreter dieses Ansatzes, weil von ihm mit Abstand die meisten Publikationen vorliegen und er die drei genannten Strukturen mit gegründet hat.

Als Wissenschaft muss sich die Kritische Psychologie stetig weiterentwickeln und mit neuen Erkenntnissen und Theorien beschäftigen. Es wäre also verfehlt, aus prinzipiellen Gründen eine angeblich »orthodoxe« Version bewahren und gegenüber Kritik abschränken zu wollen. Das heißt aber nicht, dass jeglicher Vorschlag zur Weiterentwicklung unhinterfragt zu akzeptieren wäre. Ich setze mich im Folgenden mit den von Denis Neumüller et al. dargelegten Auffassungen auseinander und arbeite die Probleme heraus, bei denen Dissens besteht. Dafür ziehe ich weitere Texte aus dem genannten Diskussionszusammenhang heran.

Meine Kritik konzentriert sich auf drei verschiedene, aber miteinander zusammenhängende Themenbereiche: Erstens geht es Neumüller et al. um gesellschaftstheoretische und politische Auffassungen, durch die sie entsprechende Aussagen in der Kritischen Psychologie ersetzen bzw. ergänzen wollen. Zweitens plädiert die Gruppe dafür, die psychologische Theorie zu verändern und die Begriffe »Inklusion« und »Exklusion«

einzuführen. Schließlich verweist sie drittens auf ein eigens entwickeltes Verfahren der »kollektiven Selbstverständigung«.

Durch »bedürfnisgerechtere Räume« zur »befreiten Gesellschaft«?

Ihre gesellschaftstheoretischen Positionen, so Neumüller et al., zielen auf eine »Revision der Kapitalismuskritik« und sind inspiriert durch zwei Ansätze, die sogenannte Neue Marx-Lektüre und die Wertkritik. Beide Ansätze waren vor allem in den 1990er und frühen 2000er Jahren in Teilen der (akademischen) Linken populär, ihre Anfänge gehen allerdings auf die 1980er bzw. 1960er Jahre zurück (Fülberth 2012; Reitter 2015). Es ist hier nicht der Platz, sich im Detail mit der Neuen Marx-Lektüre und der Wertkritik auseinanderzusetzen. Beiden ist allerdings gemeinsam, dass sie die unpersönlichen und integrierenden Dimensionen des Kapitalismus betonen – etwa das Kapital als »automatisches Subjekt« der Kapitalverwertung –, während sie die Bedeutung von Klassenkonflikten, Interessengegensätzen und politischer Macht eher gering schätzen oder ganz leugnen. Das heißt auch, dass sie bestimmte Aspekte der Marxschen Theorie des Kapitalismus verabsolutieren und andere zurückdrängen. Neumüller et al. schreiben, dass es in ihrem »Diskussionszusammenhang [...] unterschiedliche Auffassungen [...] hinsichtlich [...] des [...] Klassenbegriffs« gebe und dass Klassenanalysen »nicht obsolet« seien; gleichzeitig grenzen sie sich aber gegen eine »traditionelle Marx-Lesart« ab, die den Kapitalismus »grundlegend als Klassengesellschaft« versteht und der sie vorwerfen, »im Rahmen der bürgerlichen Ordnung« zu verbleiben.

Simon Sutterlütti und Stefan Meretz (2018), auf die sich Neumüller et al. beziehen, gehen noch weiter. Sie wollen eine Theorie zur »Aufhebung« des Kapitalismus entwickeln, der irgendwann von einer Gesellschaft der »Commons« – dem »Commonismus« – abgelöst werden soll. Innerhalb ihres Ansatzes fungiert die Kritische Psychologie als »Individualtheorie« (Sutterlütti & Meretz 2018, 118). Von Klassen oder Klassenkampf ist bei ihnen nur im Zusammenhang mit »reformistischer« oder »revolutionärer« Politik die Rede, die sie ablehnen. »Reform und Revolution« seien »Kinder des traditionellen Marxismus«, die »den Aufbau einer freien Gesellschaft« nicht »denken« könnten (ebd., 80). Die Kritik bleibt völlig unhistorisch, weil sie von den sozialgeschichtlichen Bedingungen abstrahiert, mit denen sich die Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kulturorganisationen der Arbeiter*innenbewegung im 19. und 20. Jahrhundert jeweils konfrontiert sahen. Ohne Auseinandersetzung mit der Geschichte lassen sich politisch-strategische Fragen nicht klären.

Ihre eigene Alternative beschreiben Sutterlütti und Meretz folgendermaßen: »Ein Befreiungsprozess kann nur im Kleinen beginnen und sich langsam und im engen Kontakt mit unseren Bedürfnissen entfalten – bis er schließlich dazu fähig ist, wirklich umfassend neue Lebensbedingungen herzustellen. Dann hat der Befreiungsprozess eine neue Gesellschaft konstituiert« (ebd., 88). Bereits jetzt könne man »die ersten bedürfnisgerechteren Räume schaffen, sei es in der WG, der Projektgruppe, der Uni, dem Camp, dem Streik etc.« (ebd.). Jede und jeder könne »sich nur selbst« und »im eigenen konkreten Lebensumfeld befreien« (ebd., 84).

Die Autoren wollen dies nicht als ihre politische Theorie bezeichnen, weil sie befürchten, dass unter Politik ein »auf staatliche Veränderungen« zielendes Handeln verstanden werde; dabei könne jede Handlung politisch sein, etwa »Gespräche, Kleidung, Essen« (ebd., 50). Zwar relativieren sie an anderen Stellen derartige Aussagen (etwa 232), aber dies verändert nicht den Grundtenor ihrer Darstellung. Die Idee der (relativ) »repressionslosen ›Freiräume‹«, in denen man der »Leistungsgesellschaft« entkommt, ist übrigens nicht neu; Holzkamp (1972, 236) hat sie bereits im Kontext der demokratischen Umgestaltung des Psychologischen Instituts an der FU Berlin kritisiert und die Notwendigkeit langfristiger politischer Arbeit betont.

Sutterlütti und Meretz entledigen sich den praktischen Problemen reformerischer und revolutionärer Politik, indem sie implizit unterstellen, ihr eigener Ansatz erzeuge einen immer breiteren Konsens und stoße auf keinerlei Widerstand. Die meisten ihrer Beispiele, deren Finanzierung für sie kein Thema ist – WGs, universitäre Gruppen, Camps (für Menschen mit entsprechend frei verfügbarer Zeit) –, orientieren sich nicht nur an studentischen Milieus und sind schon deshalb kaum verallgemeinerbar, sie sind auch zeitlich eng begrenzt und lassen sich von staatlichen Behörden im Konfliktfall überwachen oder auflösen. Die Möglichkeit politischer Repression, wie sie derzeit etwa unsere Kolleginnen und Kollegen in der Türkei erfahren müssen, wird gänzlich ausgeblendet. Wen wundere es, so die Autoren, dass »kaum eine/r mitmachen« wolle, wenn es heiße, »Kampf, Kampf, Kampf« und eine »Opferung der Gegenwart für die Zukunft gefordert« werde (Sutterlütti & Meretz 2018, 55). Vorausgesetzt wird dabei eine Situation, in der man sich von einem »Kampf« nichts verspricht. Menschen nehmen für politische Ziele offensichtlich Opfer und Risiken auf sich, wenn sie sich davon langfristig – eventuell auch über den eigenen Tod hinaus – eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen versprechen oder wenn es gilt, eine akute Bedrohung der Lebensbedingungen wirksam abzuwehren.

Wichtig ist zudem die Reichweite politischen Handelns. Individuelle Konsumentscheidungen in Bezug auf Kleidung oder Ernährung lassen sich reibungslos in den Kapitalismus integrieren (vgl. Walter & Cuadros 2016). Ihr Einfluss ist verschwindend gering, verglichen mit großen Streiks von Textilarbeiterinnen oder mit Gesetzen, die Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft stärker regulieren würden. Entscheidungen darüber, wer die Folgen von Bankenkrisen zu tragen hat (etwa in Griechenland), wer die Bodenschätze kontrolliert (etwa in Venezuela) oder ob ein Wald dem klimaschädlichen Braunkohletagebau weichen muss (etwa der Hambacher Forst), haben gravierende Folgen für die Zukunft von Millionen von Menschen. Es liegt auf der Hand, dass in solchen Fällen die Klasse der Kapitaleigentümer*innen ein mächtiger, wenn nicht der mächtigste Akteur ist; ob die lohnabhängigen Klassen dem etwas entgegenzusetzen können oder ob sie ein bloßes »Anhängsel« ihrer »Arbeitgeber« bleiben, hängt vom Erfolg politischer und gewerkschaftlicher Arbeit ab. Klassenkonflikte sind ein wichtiges Element sozialer Bewegungen, diese gehen jedoch selbstverständlich nicht darin auf (Leisewitz, Reusch, Wiegel & Zander 2019). Sutterlütti und Meretz (2018) schreiben selbst, dass sich durch eine auf den Staat gerichtete Politik allgemeine Lösungen errei-

chen lassen – als Beispiele nennen sie »verbesserte Tierschutzgesetze« und eine Wiedereinführung der 1997 ausgesetzten Vermögenssteuer –, aber sie ziehen daraus keine erkennbaren Konsequenzen für ihre Theorie. Die Transformation, heißt es im Gegenteil, müsse »die politische Sphäre verlassen« (ebd., 56).

Sobald linke Kräfte versuchen, gesellschaftlich relevante Entscheidungen zu beeinflussen, bekommen sie es mit all den Widersprüchen von »Reform« und »Revolution« zu tun, die Sutterlütti und Meretz in der Theorie zu umgehen versuchen. Die Ergebnisse solcher Konflikte bestimmen auch langfristig die Spielräume für politisches Handeln. Zeit ist ein wichtiger Faktor. Die wie auch immer gestaltete »befreite« Gesellschaft kann, wenn überhaupt, erst in einer fernen Zukunft jenseits unser aller Lebensspanne verwirklicht werden. Dem steht unter anderem die Tatsache gegenüber, dass der globale Ausstoß von Treibhausgasen schon in zehn Jahren halbiert (verglichen mit dem Niveau von 2010) und bis Mitte des Jahrhunderts auf »netto null« reduziert werden muss, wenn die Folgen der globalen Erwärmung in Grenzen gehalten und apokalyptische Szenarien verhindert werden sollen (IPCC 2018). Politisches Handeln sollte sich also auch auf kurz- und mittelfristige Zeiträume beziehen. »Es geht darum, dass durch soziale Bewegungen dem Kapital Grenzen aufgehehrt werden gegenüber der Grenzenlosigkeit des kapitalistischen Verwertungstrieb.« (Altwater 1998, 66)

Inklusion und Exklusion als Konkretisierung restriktiver und verallgemeinerter Handlungsfähigkeit?

Neumüller et al. werfen Klaus Holzkamp und der Kritischen Psychologie der 1970er und 80er Jahre eine Nähe zum »orthodoxen« Marxismus und zur DKP vor. Zwar ist es richtig, dass Holzkamp und andere damals der DKP bzw. SEW politisch nahestanden, das heißt aber nicht, dass ihre politischen und wissenschaftlichen Positionen umstandslos mit dem damaligen »Marxismus-Leninismus« gleichzusetzen gewesen wären. Ihre Bemühungen um die Umgestaltung des Psychologischen Instituts an der FU Berlin trugen beispielsweise deutlich radikaldemokratische Züge (Holzkamp 1972). In die gleiche Richtung wies das Programm einer »Subjektwissenschaft« innerhalb des Marxismus (Holzkamp 1977), das sich klar vom »Mainstream« des Marxismus-Leninismus und der entsprechenden Psychologie abhob. Dem entsprach außerdem, dass Holzkamp »Handlungsfähigkeit« und damit die individuelle »*Teilhabe an der Verfügung über den Gesamtprozess gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion*« (Holzkamp 1983a, 240) in den Mittelpunkt seiner Theorie stellte. Nach dem Ende der DDR hat sich Ute Osterkamp (1991) selbstkritisch mit ihrem Verhältnis zum ostdeutschen Staat auseinandergesetzt, allerdings ohne sich dem damaligen antikommunistischen Zeitgeist anzupassen (s.a. Holzkamp 1991) (Markard war schon in den 1980er Jahren aus der SEW ausgetreten). Problematisch ist sicher Holzkamps frühere Einschätzung, in »sozialistischen Gesellschaften« gebe es eine »systembedingte Konvergenz zwischen allgemeinen und individuellen Interessen« (Holzkamp 1983a, 382). Morus Markard (2016) sieht darin eine »Widerspruchseliminierung«, sei diese »nun geschichtsphilosophischer Erwartung oder eher pragmatisch einer Hoffnung auf Publiziertwerden geschuldet« (Markard 2016, 9).

In der DDR blieb die Kritische Psychologie jedenfalls marginalisiert; die »Grundlegung« wurde dort nie veröffentlicht.

»Kapitalistische Herrschaft geht nicht in Klassenverhältnissen auf«, schreiben Neumüller et al. Das haben allerdings weder die Kritische Psychologie noch Marx je behauptet. Der pauschale Vorwurf des sogenannten Klassenreduktionismus gegen marxistische Positionen ist derzeit verbreitet, aber falsch. Bereits im späten 19. Jahrhundert kämpfte die sozialistische Arbeiterbewegung gegen die Unterdrückung von Frauen, gegen Rassismus und Imperialismus sowie gegen die Verfolgung von Homosexuellen (Zander 2018). Klassenkonflikte im engeren Sinne wurden in der Kritischen Psychologie der 1980er Jahre kaum thematisiert. Damalige Studien befassten sich mit der Subjektentwicklung in der frühen Kindheit und Erziehungskritik (Holzkamp 1983b; Projekt »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit« 1984; Ulmann 1987), mit Berufsverboten (Markard 1981), psychologischer Berufspraxis (Markard & Holzkamp 1989; Ulmann 1989), Rassismus (Osterkamp 1996), Geschlechterverhältnissen und Gewalt gegen Frauen (Osterkamp 1987, Osterkamp 1989).

Dazu passt, dass Holzkamps Begriff der »Lebenslage« weit mehr umfasst als die jeweilige Klassenposition, nämlich »alle gesellschaftlichen Bedingungen der *individuellen Reproduktion* des Lebens *außerhalb* des Bereichs der *Beteiligung an verallgemeinert-gesellschaftlicher Lebensgewinnung* [...], also *alle regionalen Umstände gegenständlicher und sozialer Art im Reproduktionsbereich*, unter denen das *Individuum sein unmittelbares Leben führt und bewältigen muss*« (Holzkamp 1983a, 197). Konkrete Verhältnisse in bestimmten kapitalistischen Gesellschaften, aber auch »geschlechts-, klassen- und schichtspezifische Besonderheiten« menschlicher Entwicklung sind erklärtermaßen nicht Gegenstand seiner »Grundlegung der Psychologie«, sondern sollen »in *einzeltheoretisch-aktualempirischen Analysen*« geklärt werden (Holzkamp 1983a, 427f.).

Neumüller et al. wollen die Kategorie der restriktiven und verallgemeinerten Handlungsfähigkeit durch »Inklusion« und »Exklusion« konkretisieren und diese als zentrale Begriffe in die Kritische Psychologie einführen. Exklusion bedeute, dass »sich Menschen auf Kosten anderer durchsetzen«, Inklusion dagegen, die »Bedürfnisbefriedigung anderer« einzubeziehen (Sutterlütti & Meretz 2018, 156). Was Neumüller et al. für die »Inklusionslogik« beanspruchen, gilt ebenfalls für verallgemeinerte Handlungsfähigkeit: So können auch deren »Momente bereits in aktuellen Situationen gefunden werden«. Es handelt sich um eine »Richtungsbestimmung«, weil damit antizipierbare Handlungsfolgen analysiert werden können, wobei »verallgemeinerbare« Verhältnisse nur annäherungsweise erreichbar sind. Verallgemeinerte Handlungsfähigkeit ist zwar keine moralische Maxime, man kann ihre Richtungsbestimmung inhaltlich aber so verstehen, dass darin die kategorischen Imperative von Kant und Marx kombiniert werden. »Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.« (Kant o.J. [1785], 421). Angesichts der bestehenden gesellschaftlichen Zustände gilt es zudem, »*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx 1976 [1843], 386).

Zweifellos waren ausgrenzende bzw. »einbeziehende« Aspekte individueller und gesellschaftlicher Praxis auch früher schon Gegenstand kritisch-psychologischer Analysen. Rückt man allerdings »Inklusion« und »Exklusion« ins Zentrum der Theorie, dann geht etwas Wichtiges verloren. Die Begriffe der restriktiven und verallgemeinerten Handlungsfähigkeit thematisieren bekanntlich einen Konflikt als Dimension unserer konkreten Handlungen, nämlich den Konflikt, sich angesichts von Unsicherheiten und insbesondere von Bedrohungen durch herrschende Instanzen in den uns zugestandenen Verhältnissen einzurichten oder diese in Richtung verallgemeinerbarer Interessen zu verändern. Dies ist nicht nur ein Konflikt von Lohnabhängigen angesichts kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft; vielmehr ist das Begriffspaar auch eine Reinterpretation des Konflikts zwischen einem »neurotischen« Kompromiss angesichts kultureller Tabus und der selbstbewussten Durchsetzung von individuellen Triebansprüchen im Sinne der freudschen Psychoanalyse.

Die Begriffe Inklusion und Exklusion rücken Herrschaft, Ausbeutung und Bedrohung in den Hintergrund, auch in ihrer Metaphorik. Sie unterscheiden nur zwischen »Innen« und »Außen«, aber nicht zwischen »Oben« und »Unten«. Dies spiegelt sich übrigens in der Begriffsgeschichte wider. Wahrscheinlich war der US-Soziologe Talcott Parsons (1965) der erste, der »inclusion« als Fachbegriff einführte, mit dem er nach der Aufhebung der »Rassentrennung« durch den Obersten Gerichtshof der USA im Jahr 1964 (rund ein Jahrhundert nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg) »full citizenship« für die afroamerikanische Bevölkerung forderte, also deren vollständige Aufnahme in die »nationale Gemeinschaft«. Parsons verstand seinen Ansatz als Alternative zu Marxismus und Sozialismus. Er berief sich seinerseits auf eine Arbeit von Thomas H. Marshall (1950), der die Geschichte der britischen Arbeiter*innenklasse als Prozess der sukzessiven Zuerkennung von »citizen rights« zeichnete, weitgehend ohne auf die konflikthafte und gewalttätigen Seiten der Geschichte einzugehen. Jüngere Arbeiten zu Inklusion und Exklusion (Kronauer 2010) beziehen sich ebenfalls weniger auf Marx, als vielmehr auf Max Webers Unterscheidung von »offenen« und »geschlossenen sozialen Beziehungen« (Weber 1960, 35ff.). Sie argumentieren m.E. differenzierter als Sutterlütti und Meretz, wenn sie etwa auf unterschiedliche Gründe für Öffnung und Schließung sozialer Beziehungen eingehen.

Vorsicht ist m.E. übrigens auch angebracht bei der Verwendung der Formulierung, der zufolge Menschen etwas »auf Kosten anderer« tun, wengleich schon Holzkamp (1983a, 374) damit einen Aspekt restriktiver Handlungsfähigkeit charakterisiert. Heute wird diese Formulierung politisch vielfach verwendet und missbraucht, etwa wenn diffamierend davon die Rede ist, dass Erwerbslose angeblich »auf Kosten der Gemeinschaft« leben oder die Renten »auf Kosten der jungen Generation« gehen. Wenn man also in ideologiekritischer Absicht zu der Formulierung greift, dann sollte man jeweils möglichst genau sagen und begründen, was man meint.

»Kollektive Selbstverständigung« und Fazit

Als praktisches Verfahren auf Grundlage ihrer Theorie nennen Neumüller et al. die »kollektive Selbstverständigung«. Meretz (2016) zufolge befasst diese sich mit dem Alltag sowie mit der Bewältigung des Umstandes, »das eigentlich gewollte Leben im ›uneigentlichen‹ Alltag nicht (aus-)leben zu können«. Allerdings fasst Holzkamp (1995) den Alltag und das »eigentliche« Leben nicht nur als Gegensätze, sondern auch als Zusammenhang. Die alltäglichen Routinen sind demnach »die elementare Basis, aus der das ›Eigentliche‹ allein erwachsen kann« (Holzkamp 1995, 845).

Ausgangspunkt kollektiver Selbstverständigung ist nach Neumüller et al. ein persönliches »Interesse an einer Selbstaufklärung, das sich aus Erfahrungen des Leidens, der Unfreiheit, des Konflikts sowie einer Vorahnung der eigenen Selbstfeindschaft« ergebe. In ihrer Kritik an der Forschungsgruppe Lebensführung vermengen sie m.E. mindestens vier verschiedene Fragen miteinander (unabhängig davon, ob ihre Kritik zutrifft oder nicht), nämlich erstens um wessen Probleme es primär geht, zweitens wessen Subjektivität dabei eine Rolle spielt, drittens welche Methoden dabei verwendet werden (z.B. Audioaufnahmen) und viertens wie die Beziehungen zwischen den Beteiligten konstruktiv zu gestalten sind. Diese Fragen lassen sich sicher nicht mittels der von Neumüller et al. favorisierten Regel beantworten, nach der es »immer um meine Begründungen« gehen soll.

So spielt etwa in einem freiwilligen Beratungsprozess zweifellos die Subjektivität aller Beteiligten eine Rolle, aber die Ratsuchenden dürfen erwarten, dass es in erster Linie um ihre Probleme geht und nicht um die der Beratenden. Welche Methoden und Daten herangezogen werden, darüber entscheiden die Beteiligten gemeinsam. Es liegt auf der Hand, dass es nicht angebracht wäre, einander »auf die Schliche kommen« zu wollen oder unter Rechtfertigungsdruck zu setzen. Das schließt nicht aus, dass man andere mit Fragen konfrontiert, etwa mit Diskrepanzen zwischen Daten und eigenen Wahrnehmungen und Einschätzungen. Es kann natürlich andere Settings geben, in denen man besondere Regeln aufstellt – etwa in einer Selbsthilfegruppe oder einem Handlungsforschungsprojekt –, aber diese Regeln müssen begründet werden und können sicher nicht aus allgemeinen methodischen Prinzipien der Kritischen Psychologie abgeleitet werden.

Über das Vorgehen im Rahmen »kollektiver Selbstverständigung« erfährt man bei Neumüller et al. und bei Meretz (2016) kaum etwas im Detail. Aus den Beiträgen geht hervor, dass es bei der kollektiven Selbstverständigung nicht um die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse geht, dass es sich nicht um ein professionelles Verfahren handelt und dass ihr vermutlich die eingangs kritisierten gesellschaftstheoretischen Vorstellungen zugrunde liegen. Solange keine weiteren Veröffentlichungen vorliegen, bleibt der Ansatz intransparent.

Das Ergebnis der Kritik lässt sich wie folgt zusammenfassen: Sutterlütti und Meretz bzw. Neumüller et al. integrieren die Kritische Psychologie in ihre Theorie der »Aufhebung« des Kapitalismus. Im Rahmen dieser Theorie distanzieren sie sich weitgehend von politischem Engagement, das sich i.w.S. auf den Staat bezieht; stattdessen wollen

sie durch »bedürfnisgerechte Räume« und alternative Lebensstile die Voraussetzungen für eine »befreite«, »commonistische« Gesellschaft schaffen. Damit überschätzen sie die darin liegenden Möglichkeiten in hohem Maße, während sie gleichzeitig die auf absehbare Zeit existierenden Widersprüche und Bedingungen von Politik vernachlässigen. Mit Kritischer Psychologie hat das inhaltlich nichts zu tun. Die theoretische Relativierung des Kapitalismus als Klassengesellschaft ist ebenso wenig überzeugend wie ihre Charakterisierung der (frühen) Kritischen Psychologie als Produkt eines »traditionellen Marxismus«. Der Versuch, die Kategorien der restriktiven und verallgemeinerbaren Handlungsfähigkeit durch die Begriffe »Inklusion« und »Exklusion« zu konkretisieren, verschiebt den Akzent der psychologischen und gesellschaftstheoretischen Analyse; Ausgrenzung (Exklusion) wird nicht mehr als eine – wie auch immer vermittelte – Folge der Herrschaft »von oben« verstanden. Die »kollektive Selbstverständigung« beruht auf den genannten Theorien; mit ihr sollen keine wissenschaftlichen Erkenntnisse gewonnen werden, es handelt sich um kein professionelles Verfahren für die psychosoziale Arbeit; als Ansatz bleibt sie intransparent, weil ihr Vorgehen bisher noch nicht im Detail dargestellt wurde. Die Regel, nach der es »immer um meine Gründe« gehen muss, ist weder hinreichend begründet noch in dieser Abstraktheit sinnvoll anwendbar.

Literatur

Altvater, E. (1998). Vier Anmerkungen zur Globalisierung. In B. Fried, C. Kaindl, M. Markard & G. Wolf (Hrsg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit* (64–72). Berlin: Argument.

Fülberth, G. (2012). Was kommt nach der Neuen Marx-Lektüre? *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 89, 136–142.

Holz kamp, K. (1972). *Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten*. Frankfurt/M.: Fischer.

Holz kamp, K. (1977). Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? In K.-H. Braun & K. Holz kamp (Hrsg.), *Kritische Psychologie. Bericht über den 1. Internationalen Kongress Kritische Psychologie, Bd. 1* (44–75). Köln: Pahl-Rugenstein.

Holz kamp, K. (1983a). *Grundlegung der Psychologie*. Frankfurt/M.: Campus.

Holz kamp, K. (1983b). »We don't need no education...". *Forum Kritische Psychologie*, 11, 113–125.

Holz kamp, K. (1991). Zum Thema »Wendehälse". *Forum Kritische Psychologie*, 21, 74–77.

Holz kamp, K. (1995). Alltägliche Lebensführung als subjektwissenschaftliches Grundkonzept. *Das Argument*, 212, 817–846.

IPCC (2018). Summary for Policymakers of IPCC Special Report on Global Warming of 1,5° C approved by governments. Abgerufen von: <https://www.ipcc.ch/2018/10/08/summary-for-policymakers-of-ipcc-special-report-on-global-warming-of-1-5c-approved-by-governments/>

Kant, I. (o.J. [1785]). *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*. Abgerufen von: <https://korpora.zim.uni-duisburg-essen.de/Kant/aa04/421.html>

Kronauer, M. (2010). Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart. In M. Kronauer (Hrsg.), *Inklusion und Weiterbildung* (24–58). Gütersloh: Bertelsmann.

Leisewitz, A., Reusch, J., Wiegel, G. & Zander, M. (2019). »Pressure from without«. Soziale und politische Proteste und Bewegungen 2008–2018. *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 117, 87–98.

- Markard, M. (1981). Berufsverbote, Opportunismus, Subjektentwicklung. *Forum Kritische Psychologie*, 8, 161-179.
- Markard, M. (2016). Kritische Psychologie und ihr Verhältnis zur kritischen Theorie. In U. Bittlingmayer, A. Demirovic & T. Freytag (Hrsg.), *Handbuch Kritische Theorie*. Springer: Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12707-7_37-1
- Markard, M. & Holzkamp, K. (1989). Praxis-Portrait. Ein Leitfaden zur Analyse psychologischer Berufstätigkeit. *Forum Kritische Psychologie*, 23, 5–49.
- Marshall, T. H. (1950). *Citizenship and Social Class*. London: Cambridge University Press.
- Marx, K. (1976 [1843]). Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts. In *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 1, (203–233). Berlin/DDR: Dietz.
- Marx, K. (1989 [1867]). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1*. Berlin/DDR: Dietz.
- Meretz, S. (2016). Kollektive Selbstverständigung. *Streifzüge* 67, 10.
- Osterkamp, U. (1987). Alltägliche Gewalt gegen Frauen. In M. M. Jansen (Hrsg.), *Frauen-Widerspruch. Alltag und Politik* (211-229). Köln: Pahl-Rugenstein.
- Osterkamp, U. (1989). Frauenunterdrückung – Betroffenheit, Parteilichkeit. In Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), *Klasse und Geschlecht* (135–163). Frankfurt/M.: IMSF.
- Osterkamp, U. (1991). Vergangenheitsbewältigung – aber wie? *Forum Kritische Psychologie*, 27, 78–83.
- Osterkamp, U. (1996). *Rassismus als Selbstentmächtigung. Texte aus dem Arbeitszusammenhang des Projekts Rassismus/Diskriminierung*. Hamburg: Argument.
- Parsons, T. (1965). Full Citizenship for the Negro American? A Sociological Problem. *Daedalus*, 94(4), 1009–1054.
- Projekt »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit«. (1984). Theoretische Grundlage und methodische Entwicklung der Projektarbeit. *Forum Kritische Psychologie*, 14, 56–81.
- Reitter, K. (Hrsg.). (2015). *Karl Marx – Philosoph der Befreiung oder Theoretiker des Kapitals? Zur Kritik der Neuen Marx-Lektüre*. Wien: Mandelbaum.
- Sutterlütti, S. & Meretz, S. (2018). *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*. Hamburg: VSA Verlag.
- Ulmann, G. (1987). *Über den Umgang mit Kindern. Orientierungshilfen im Erziehungsalltag*. Hamburg: Argument.
- Ulmann, G. (1989). Gedanken beim Lesen von Praxisberichten – Menschen in Schubladen sperren zwecks Bearbeitung? *Forum Kritische Psychologie*, 24, 111-132.
- Walter, J. & Cuadros, R. (2016). »I am starting with the man in the mirror". Individualisierung gesellschaftlicher Transformation als Sackgasse. In M. Hummel, L. Knebel, C. Küpper & M. Zander (Hrsg.), *Den Gegenstrom schwimmen. Ausgewählte Beiträge der Ferienuni Kritische Psychologie 2014* (Forum Kritische Psychologie. Spezial, 160–169). Hamburg: Argument.
- Weber, M. (1960). *Soziologische Grundbegriffe*. Tübingen: Mohr.
- Zander, M. (2018). Gegen jede Unterdrückung. Historische Alternativen zur Gegenüberstellung von Klassen- und Identitätspolitik. In S. Friedrich & Redaktion analyse & kritik (Hrsg.), *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus* (70–77). Berlin: Bertz + Fischer.